



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

IX/263 - 20.11.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Geschichtliche Schuld Bonns	S. 1
Luxemburg und die Verlegung der Montan-Behörde	S. 3
Grußadresse Ollenhauers an Norman Thomas	S. 4
Nach der Steuerschlacht	S. 5
Bayern im Wahlkampf	S. 7

Verlorenes Spiel ?

P.R. In Washington berichtet in diesen Tagen der amerikanische Botschafter in Moskau, Charles Bohlen, darüber, wie er die sowjetische Politik in diesem entscheidenden Abschnitt der internationalen Beziehungen beurteilt. Frankreichs Ministerpräsident Mendès-France war gleichfalls bei Eisenhower und Dulles. Ende dieser Woche wird der amerikanische Hochkommissar Connant von seiner Regierung zu einem Besuch ins Bonn erwartet, nachdem er sich sehr ausführlich mit dem Bundeskanzler besprochen hat. Es ist viel die Rede von der vagen Möglichkeit gewisser Korrekturen der amerikanischen Außenpolitik. Dafür nennt man vor allem 2 Gründe: Die auf Verständigung und Ausgleich mit dem Westen abgestellten Äußerungen der maßgebenden Männer des Kremls zu den Botschaftern des Westens und die Schwergewichtsverlagerung zu Gunsten der Demokraten in den USA. Dieses ist die Ausgangsposition für jede Beurteilung dessen, was in der nächsten Zeit zu erwarten ist.

Will man sich ein einigermaßen klares Bild davon machen, muß man sich an Tatsachen halten. Am 23. Oktober hatte die Sowjet-Regierung in einer Note an die Westmächte diese zu einer neuen Viermächtekonferenz über die Deutschlandfrage eingeladen. Diese Note ist bis heute unbeantwortet geblieben. Es heißt, Ende dieses Monats solle das bisher Versäumte nachgeholt werden. Auch allem was man hört, wird die Antwort insofern negativ sein als man ein Gespräch vor der Ratifizierung der Pariser Verträge ablehnen wird. Die Sowjets ihrerseits haben in der Note selbst und auf verschiedene andere Weise mit größtem Nachdruck

20.11.1954

erklärt, nach der Ratifizierung seien für sie politische Tatsachen geschaffen, die die Fortdauer der Spaltung Deutschlands auf lange Zeit zur Folge haben würden. Wie haben dann am 13. November 25 europäische Staaten, darunter die westlichen Großmächte, zu einer "gesamteuropäischen Konferenz über ein System kollektiver Sicherheit" auf den 29. November eingeladen. Sie haben Klarsicht, dass sie mit der Anwesenheit auch der Regierungen der beiden Teile Deutschlands rechnen, sie operieren also bei dieser Einladung auf der Grundlage und der Annahme der schaltenden Teilung Deutschlands. Diese Konferenz wird zumindestens nicht zu der vorgesehenen Datum, das in der Tat unrealistisch kurzfristig angesetzt war, zustande kommen.

Wiedervereinigung - für lange Zeit abgesetzt

Wer sich einen Rest von Sinn für Tatsachen bewahrt hat, wird aus alle dem entnehmen, unser die Frage der deutschen Wiedervereinigung in Übereinstimmung mit der Bundesregierung von der Tagesordnung der internationalen Politik "für lange Zeit" abgesetzt worden ist. Der Vorstoß der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion am vergangenen Donnerstag war ein aus ernstester Besorgnis geborener, leider vergeblicher Versuch, dieser entscheidenden Wendung zum Schlechten noch noch in letzter Minute einen Riegel vorzuschieben. Die SPD wünschte von der Regierung, sie solle von den Westmächten fordern, dass diese die sowjetische Einladung vom 23. Oktober grundsätzlich annehmen und sofort mit der Vorbereitung einer Viermächtekonferenz beginnen, auf der auch der Einbau ganz Deutschlands in ein europäisches Sicherheitssystem zu behandeln wäre und 2. dahin zu wirken, dass die von den Sowjets für den 29. November vorgeschlagene Konferenz auf einen späteren Termin verschoben werde. Dieser Verfahren würde die Bestrebungen des Westens um eine festere europäische Einheit in keiner Weise zu stören brauchen, der Weg bis unmittelbar vor die Ratifizierung der Pariser Verträge hätte weitergeritten, dem Kroml eine angemessene Frist vor der Ratifizierung gesetzt werden, bis zu deren Ablauf man Klarheit über seine Absichten gewinnen müßte. Es wäre dieses die Aktualisierung der sogenannten Perleil-Aktion, die schon kürzlich einmal sehr ernst diskutiert worden ist.

Tragischer Irrtum

Wenn Eisenhower und Dulles, Churchill und Eden und in ihrer
Folge auch Mendès-France Gespräche mit Moskau vor der Ratifizierung
der Verträge ablehnen, dann ist das nur ein neuer Beweis für die
schon auf der Berliner Konferenz so augenfällig zutage getretene Tat-
sache, aus der den Genannten kein Vorwurf gemacht werden kann, da sie
eben in den Vorstellungen und nach den vermeintlichen Interessen ihres
Landes, nicht aber denen Deutschlands denken, dass für sie die deutsche
Wiedervereinigung eine sekundäre, aber keine primäre Sorge ist, im
Höchstfall die wünschenswerte Begleiterscheinung einer allgemeinen
Entspannung, aber keineswegs das beherrschende Problem überhaupt, wie
für die Deutschen selbst. Dass die Bundesregierung sich diesem Denken
widernatürlich anschließt, ja es zu fördern sucht, ist ihre geschicht-
liche Schuld. Offensichtlich spüren die verantwortlichen Politiker
der Westmächte, dass an diesem Punkt ihres Verhaltens alle Versicherun-
gen, die erstritten die Wiedervereinigung Deutschlands, mehr oder we-
niger unglaubhaft werden. Denn niemand von ihnen hat irgendwann ein-
mal auch nur andeutungsweise klar machen können, worauf sie ihre Hoff-
nung stützen, die Bereitschaft der Sowjetunion, einer Wiedervereini-
gung Deutschlands zuzustimmen, werde durch die Ratifikation der Pari-
ser Verträge, so wie früher der EWG, erreicht werden können.

Es wird sich als tragischer Irrtum von verhängnisvollem Ausmaß
herausstellen, zu klären, eine Art politischer Kapitulation Moskaus
auf dem entscheidenden deutschen Terrain werde so billig zu haben sein.
Tragisch vor allem für die Deutschen und in erster Linie wieder die
in der sowjetischen Besatzungszone. Sie werden dann die Rechnung des
großen Spieles um die Wiedervereinigung mit ihren Brüdern und Schwe-
stern in Westdeutschland zu zahlen haben, das mehr durch Schuld und
Voreinknis als durch die Ungunst der Umstände nun in Gefahr ist, end-
gültig verloren zu gehen.

Luxemburg protestiert, Belgien verärgert

Pt - Brüssel

Die Verlegung des Sitzes der Montanunion aus Luxemburg nach Saarbrücken, die Mendes-France und Adenauer anlässlich des Saarabkommens vereinbart haben, löst in Luxemburg heftige Proteste aus, während Belgien verstimmt ist. In beiden Ländern weist die Presse darauf hin, dass mit dieser Vereinbarung die übrigen Länder der Montanunion überspielt worden seien und dass die endgültige Entscheidung über den Sitz der "Hohen Behörde" vom Ministerrat der Union und nicht von den Regierungschefs Frankreichs und Deutschlands allein zu treffen sei. Das "Luxemburger Wort", das als Sprachrohr der gegenwärtig in Luxemburg regierenden christlich/sozialen- sozialistischen Koalition gilt, warnt:

"Das Saarabkommen von Paris reduziert Europa auf die Saar und beseelt es mit dem Geiste eines französisch-deutschen Kompromisses. Niemand kann heute mit Gewissheit sagen, was die Saar denn nun eigentlich sein wird. Wird sie zu einem autonomen Land, ist sie Dritter im Bunde mit Deutschland und Frankreich, wird sie Glied der Brüsseler Familie oder findet sie dahin indirekt zurück, wohin sie sich schon 1935 einmal begeben hatte?"

Von dieser Kritik am Saarabkommen ausgehend, heisst es weiter im Leitartikel des "Luxemburger Wort":

"Angesichts dieser vielen Unbekannten, die noch den Himmel über der Saazukunft mit dunklem Schleier verdecken, dürfte es zumindestens verfrüht sein, eine Frage wie diejenige einer Verlegung des Sitzes der Montanunion nach Saarbrücken zu erörtern. Warum soll man jetzt schon dem Saarland die Übernahme einer europäischen Verantwortung zutrauen und ihm europäische Einrichtungen in den Schoss legen, wo man doch nicht weiss, welches in soviel Monaten oder Jahren das politische Klima in und um die Saar sein wird?..."

In den Kreisen der Montanunion kann man diese Ablehnung Saarbrückens nur bestätigt hören. Hinzugefügt wird von Beamten der Montanunion, dass Kennets Ankündigung, sich nicht im Februar zur Wiederwahl zu stellen, nicht zuletzt darauf zurückzuführen sei, weil ihm Paris versichert habe, die Verlegung der Hohen Behörde nach Saarbrücken sei "beschlossene Sache."

In Belgien, das Brüssel und Lüttich seinerzeit als Sitz der Hohen Behörde der Montanunion vorgeschlagen hatte, wird betont, dass man sich dem Verbleiben der Montanunion in Luxemburg nicht widersetzen, aber die Kandidaturen von Brüssel und Lüttich wieder aufstellen werde, falls eine Sitzverlegung nach Saarbrücken im Ministerrat beantragt wird. Ausser-

20.11.1954

Minister Spaak befindet sich zur Zeit in Nordamerika, aber in den Kreisen der belgischen Aussenpolitik, die an den Pariser und Londoner Verhandlungen teilgenommen haben, wird erklärt, dass die belgische Delegation weder an der deutsch/französischen Vereinbarung mitgewirkt noch ihr zugestimmt habe. Dagegen sei sowohl im aussenpolitischen Ausschuss des Senats wie im Kabinett bei der Berichterstattung Spaaks über die Londoner und Pariser Verhandlungen zum Ausdruck gebracht worden, dass Belgiens Interesse bei einer Beibehaltung von Luxemburg als Sitz der Montanunion liege - wenn nicht eine belgische Stadt infrage käme.

+ + +

Norman Thomas - 70 Jahre

Anlässlich des 70. Geburtstages, am 21.11.1954, des bekannten amerikanischen Sozialisten, Norman Thomas, hat Erich Ollenhau im Namen des Parteivorstandes der SPD einen Brief an das Festkomitee gesandt, das den Geburtstag im Rahmen eines grossen Empfanges in New York feiern wird:

Wir deutschen Sozialdemokraten sind froh, Norman Thomas unsere Anerkennung zollen zu können. Wir bewundern ihn wegen seiner Menschlichkeit seines moralischen Mutes und seiner Aufgeschlossenheit in nationalen und internationalen, in materiellen und geistigen Bereichen. Wir schätzen uns glücklich, dass die Grösse seiner Persönlichkeit sich auf unsere gemeinsamen Bestrebungen erstreckt.

Solch eine Persönlichkeit übt eine stärkere Anziehungskraft auf die Jugend aus als je zuvor. Aus diesem Grunde ist es vielleicht von Interesse, über das bedeutsame Kennzeichen der Entwicklung in unserem Land zu berichten, dass die Jugend sich wie nie zuvor um unser Banner schart und uns den Vorrang vor anderen Parteien in der deutschen Politik gibt. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die Jugend sich uns anschliesst in bewusster Gegnerschaft zu einer Tradition, die sowohl für Deutschland als auch für die Welt verhängnisvoll war. Mit uns sucht diese Jugend Mittel und Wege zur Sicherung des Friedens. Wir wären glücklich, wenn wir Norman Thomas bald wieder unter uns sehen würden, um ihn mit der Jugend des im Entstehen begriffenen neuen Deutschlands zusammenzubringen, mit dem sich die freie Welt in Vertrauen verbünden kann.

+ + +

- 5 -

Sieger und Besiegte in der Steuerschlacht

f.b. Nach über halbjährigen Ringen ist am vergangenen Wochenende die Steuerschlacht in Bonn im Bundestag beendet worden. Sieger und Besiegte stehen fest, denn die Nachhutgefechte im Bundesrat und voraussichtlich auch im Vermittlungsausschuss werden vielleicht hier und da kleine Korrekturen anbringen können, am Endergebnis jedoch wenig ändern. Und das ist die Bilanz: ein Millionenheer von kleinen und mittleren Einkommen blieben auf der Strecke, den Löwenanteil am Gewinn können einige Zehntausend von Grossverdienern unter sich verteilen.

Von einem Gesamtumfang der Steuerreform in Höhe von rund 2,1 Milliarden DM erhalten 30 Prozent oder 630 Millionen DM die Einkommen von über 50 000 DM im Jahr, das sind rund 20 000 Einkommensbezieher von insgesamt 16 Millionen Steuerpflichtigen. 140 000 Einkommensbezieher bis zu 15 000 DM können 25 Prozent der Steuerreform oder 525 Millionen DM auf ihr Konto buchen, während die Millionenzahl der Steuerzahler, die nur über Einkommen bis 9 000 DM im Jahr verfügen, mit 21 Prozent der Steuerbegünstigungen abgefunden werden. Aber auch diese Zahl ist nominell. Wenn man berücksichtigt, dass am 1.1.1955 für diese kleinen Leute ein Grossteil der Sonderbegünstigungen wegfällt, dann ergibt sich, dass dies Millionen vom grossen Steuerkuchen ganze 10 Prozent erhalten werden, denn die verbleibenden 24 Prozent der Steuerreform sind für diese Bevölkerungsguppe uninteressant, da sie weder ^{von} gespaltenen Körperschaftsteuersatz oder von der gesenkten Erbschaftsteuer profitieren können.

Man soll durchaus nicht verhehlen, dass es der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion gelang, für die Millionen kleiner und mittlerer Einkommen einige beachtliche Vorteile zu erreichen.

1. Die Haushaltsbesteuerung, die sogenannte Ehestrafsteuer, konnte nicht zuletzt durch den Einsatz der SPD vermieden werden.
2. Die Steuerfreiheit der Sonntags-, Nacht- und Feiertagsarbeit bleibt erhalten, nachdem ein entsprechender SPD-Antrag angenommen wurde.
3. Die auf Antrag der SPD abgelehnte Einbeziehung der kommunalen Versorgungsunternehmen in die Umsatzsteuer vermeidet wenigstens vorerst eine sonst zwangsläufige eingetretene Erhöhung der Gas-, Strom- und Wasserpreise.
4. Auf Antrag der SPD werden in Zukunft auch Arbeitnehmer ihre Kraftfahrzeuge steuerlich absetzen können, wenn es zur Erreichung des Arbeitsplatzes benötigt wird.

5. Das soziale Ärgernis der Trinkgeldbesteuerung wurde abgeschafft.
6. die politisch Verfolgten des Nazi-Regimes werden, wenn sie endlich ihre Entschädigung erhalten, nun nicht noch einmal durch eine Besteuerung bestraft werden.

Die grossen Anliegen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion fanden jedoch keine Mehrheit. Abgelehnt wurde der sozialdemokratische Tarifvorschlag, der zwei Millionen Steuerpflichtige mit den kleinsten Einkommen überhaupt aus der Steuerpflicht entlassen und weitere fünf Millionen kleiner und mittlerer Einkommen steuerlich begünstigt hätte. Vergeblich war auch der Kampf der SPD gegen den gespaltenen Körperschaftssteuerersatz, so dass jetzt einige wenige hundert Grossaktionäre zusätzlich zu den Steuergeschenken auf Grund des Tarifes noch einmal 120 Millionen DM erhalten werden. Schliesslich haben auch die Koalitionsparteien in ihrer grossen Mehrheit beschlossen, dass in Zukunft Parteispenden steuerlich abzugsfähig sein werden. Der Korrumpierung der Demokratie ist damit Tür und Tor geöffnet worden, politische Macht, soweit es die Regierungsparteien betrifft, wird in Zukunft noch käuflicher sein als sie heute ohnehin schon ist.

Einem solchen Gesetzeswerk konnte die SPD ihre Zustimmung nicht geben. Die Bundesregierung und ihre Parteien aber haben konsequent das fortgesetzt, was sie schon im Wirtschaftsrat für die Bizone in Frankfurt begonnen hatten. Die erste Tarifreform 1950 hatte den hohen und höchsten Einkommen eine Milliarde eingebracht, die zweite Tarifreform vom Juni 1951 bescherte diesen Kreisen weitere Millionen und nach der Tarif-Reform vom November 1954 haben wir erreicht, dass ein Millionär genau eine viertel Million DM weniger Steuer zahlt, als er es 1950 hätte tun müssen. Die Entlastung für den kleinen Mann aber beträgt seit dieser Zeit rund 100 DM im Jahr.

Am 1. Januar wird die Millionenanzahl der kleinen und mittleren Einkommen am eigenen Leibe feststellen können, wie "sozial" diese Bundesregierung und ihre Mehrheit handelt.

+ + +

Perspektiven zur bayerischen Landtagswahl

H.Pf.München

Die Wahlmaschinen der Parteien rechts von der SPD, geschmiert durch die Gelder der "Volkswirtschaftlichen Gesellschaft", laufen auf vollen Touren. Die Wahlpropaganda der SPD in Bayern ist schon im September angelaufen. Von ihr wurden Probleme der Landespolitik erörtert, insbesondere der Kampf gegen die anonymen Kräfte der Wirtschaft und der Kampf um eine tolerante Kulturpolitik.

Die grosse Auseinandersetzung spielt sich zwischen CSU und SPD ab, während die übrigen Parteien, FDP, BHE und Bayernpartei, um ihr Verbleiben im Landtag ringen. Sie müssen mindestens in einem Regierungsbezirk die in der bayerischen Verfassung verankerte 10-Prozent-Hürde überwinden. Weder die Kommunisten, noch irgend eine andere politische Gruppierung dürfte diese sehr hohe Hürde bezwingen, so dass der bayerische Landtag in den nächsten vier Jahren keineswegs farbiger sein wird als der jetzige.

Die eigentliche Entscheidung dieser Wahl liegt darin, ob es den Konservativen, klerikal betonten Kräften, die ihren politischen Ausdruck in der CSU und in der Bayernpartei finden, gelingt, mehr als 50 Prozent der Wähler zu sammeln. Gelingt es 1954 genau so wenig wie es 1950 der Fall war, dann ist der Weg frei für die Fortsetzung einer wenigstens im kulturellen Bereich aufgelockerten Politik. Alle Anzeichen sprechen dafür, dass Dr. Hundhammer als Vertreter einer starr konfessionellen Politik auch bei dieser Wahl der eigentliche Verlierer sein wird, auch dann, wenn eine Koalition ohne Sozialdemokraten, wie sie sich Dr. Hundhammer sehnlichst herbeiwünscht, zurecht gedreht werden sollte.

In diesem Wunsch, die SPD aus der Regierung herauszutreiben, verbindet sich Dr. Hundhammer nicht gerade mit Belzebut, aber immerhin mit Dr. Josef Müller, den er einstens über die Auerbach-Affäre von seinem Justizministersessel herabstossen half. Bei dieser Kombination einer Regierung ohne SPD spielt Bundesfinanzminister Fritz Schäffer

20.11.1954

eine grosse Rolle. Er wird als der beste Repräsentant einer solchen Verbindung angesehen. Und man weiss in München, dass Schiffer trotz vieler Dementis durchaus nicht abgeneigt wäre, diesem Ruf nach Bayern zu folgen, wenn der Sessel des Ministerpräsidenten winkt.

Die zweite Möglichkeit besteht darin, eine Regierung ohne die CSU zu bilden. Es bestehen eine Reihe von echten Berührungspunkten von SPD, FDP, BHE, und aus parteiaktischen Gründen auch zur Bayernpartei - wer lässt sich denn gern vom grossen Bruder verspeisen - so dass ihre Realisierung in einer Regierungsabsprache durchaus gegeben sein könnte. Eine solche Verbindung hätte ohne Zweifel auch ihre Vorteile. Gab es bei der jetzigen grossen Regierungskoalition die meisten Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Kulturpolitik, wo man in vier Jahren in den hochpolitischen Fragen nicht vom Fleck kam, während man sich in Fragen der Wirtschaftspolitik eher zusammenraufte, so würde eine sozial-liberale Koalition unter umgekehrten Verhältnissen stehen. Diese Kombination wäre noch dadurch günstiger, dass je wirtschaftspolitische Fragen in ihren wesentlichen Zügen ohnehin in Bonn entschieden werden, während die Kulturpolitik noch immer im Vordergrund steht.

Die dritte Möglichkeit wäre die Beibehaltung der jetzigen grossen Koalition zwischen CSU und SPD, die vielleicht noch durch die Hereinnahme einer dritten Fraktion erweitert, beziehungsweise verändert werden könnte. Aber auch für diese Lösung zeichnen sich heute schon eine Reihe von Schwierigkeiten ab, die umfangreiche Besprechungen und bindende Abprachen zur Folge haben müssten. Selbstverständlich werden auch von Bonn her manche "Wünsche" nach Bayern getragen werden und es wird recht interessant sein, festzustellen, wie ernst man es mit dem Föderalismus wirklich meint. Aber auch darüber, wie über all die Kombinationen, die hier angedeutet wurden, wird am 28. November der Wähler entscheiden, wobei es die SPD an nichts fehlen lassen wird, ihn über die Bedeutung seiner Wahl mit aller Deutlichkeit aufzuklären.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler